Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Nr. 277/2026
Flensburg, 14.10.2026

Rückkehr erst Ende 2028, Kosten seit 2023 um 12,4 Millionen Euro gestiegen

Christian Dirschauer (SSW): „Beim Personal darf es nicht die nächste Verzögerung geben“

Die Sanierung und Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Flensburg dauert länger und wird deutlich teurer als geplant. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Flensburger SSW-Landtagsabgeordneten Christian Dirschauer hervor (Drucksache 20/4884).

Nach aktuellem Stand soll der Bau im August 2028 fertig sein. Anschließend werden Möbel eingebracht und bis etwa November 2028 die Schließanlage installiert. Bedienstete und Gefangene sollen ab etwa Dezember 2028 an den Südergraben zurückkehren. Zum Start der Sanierung im Jahr 2024 war öffentlich eine Bauzeit von drei Jahren angekündigt worden. Wie sich der vorgesehene Fertigstellungstermin seitdem verändert hat, geht aus der Antwort der Landesregierung nicht konkret hervor.

Zu Planungsbeginn im Dezember 2019 schätzte das Land die Baukosten auf 8 Millionen Euro. Damals war nur eine Sanierung der Haftzellen vorgesehen. Inzwischen werden beide Gebäudeflügel grundsaniert. Hinzu kommen zwei Anbauten sowie zusätzliche Maßnahmen an der Krankenstation, der Wäscherei und den Freistundenhöfen. Auch die Stromversorgung wird mit einem neuen Trafo erneuert, der zugleich das Gericht versorgt.

Für dieses erweiterte Vorhaben werden inzwischen rund 30,9 Millionen Euro Baukosten erwartet. Einschließlich 8,4 Millionen Euro Planungskosten und 450.000 Euro für die Erstausstattung summieren sich die prognostizierten Kosten auf knapp 39,7 Millionen Euro. Allein seit der Entwurfsplanung im Mai 2023 sind die Bau- und Planungskosten um rund 12,4 Millionen Euro

gestiegen. Als weitere Gründe nennt die Landesregierung Schadstoffe und statische Mängel im historischen Mauerwerk, zeitintensive Abstimmungen mit dem Denkmalschutz und allgemeine Baupreissteigerungen.

Nach der Sanierung soll die Anstalt 70 statt bisher 60 Haftplätze haben. Straf- und Untersuchungshaft werden baulich getrennt, Sicherheits- und Kommunikationstechnik vollständig erneuert und eine neue Sicherheitszentrale eingerichtet. Für die Bediensteten entstehen zusätzliche Büros und neu angeordnete Aufsichtsbüros; Aufenthaltsräume, Umkleiden und Duschen werden saniert.

Offen ist dagegen, wie viel Personal die größere Anstalt künftig benötigt. Laut Landesregierung wird der Bedarf noch geprüft und steht unter Haushaltsvorbehalt. Zugleich werden bereits zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet. „Ein modernes Gefängnis nützt nichts, wenn bei der Wiedereröffnung die Leute fehlen. Beim Personal darf es nicht die nächste Verzögerung geben. Das Land muss jetzt verbindlich planen, damit Flensburg Ende 2028 wirklich voll an den Start gehen kann“, sagt Dirschauer.

Die Bediensteten der JVA Flensburg arbeiten bis zur Rückkehr in Schleswig. Sie haben grundsätzlich Anspruch auf Trennungsgeld, um finanzielle Folgen längerer Wege abzumildern. „Trennungsgeld gleicht nicht alles aus. Die Kolleginnen und Kollegen verdienen, dass der Rückkehrtermin diesmal hält“, betont Dirschauer.

Christian Dirschauer (Foto: SSW)